

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Millionen

Dienstag

5. August 1924

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dames-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Die erste gemeinsame Tagung.

Begrüßungsansprache Macdonalds. Erwiderung von Marx.

London, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Plenartagung der Reparationskonferenz zusammen mit den deutschen Delegierten begann heute mittag im Auswärtigen Amt. Sie war nur kurz und es wurde beschlossen, eine neue Volltagung morgen abzuhalten, bei der man hofft, daß die deutsche Delegation die Gelegenheit haben wird, zumindest einen allgemeinen Überblick über ihre Stellungnahme zu den interalliierten Beschlüssen zu geben. Die Sitzung wurde mit einer kurzen

Begrüßungsansprache Macdonalds

Eröffnung, in der er die deutschen Delegierten willkommen heißt. Macdonald hob hervor, daß die Verantwortung, die der Sachverständigenbericht auferlege, übernommen werden sollte, weniger aus Gründen eines Zwanges als wegen des gemeinsamen Wunsches, einen ernsthaften und ehrlichen Versuch zu unternehmen, die Pflichten zu erfüllen, die mit seiner Unterzeichnung nach einer Diskussion verbunden sein werden, in der jede Partei in fairer Weise gehört werden wird. Die Alliierten wünschen der deutschen Regierung die Abmachungen zur Kenntnis zu bringen, die sie getroffen hätten, und sie ersuchen Deutschland um seine Zustimmung, soweit eine solche erforderlich sei.

Macdonald betonte, daß die Aufgabe der Konferenz auf die Durchführung des Dawes-Entschlusses beschränkt sei und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß der Geist der Zusammenarbeit die Erreichung eines schnellen Einverständnisses ermöglichen werde mit dem Erfolg freundschaftlicher Beziehungen zwischen den europäischen Mächten.

Reichstanzler Dr. Marx

dankte in einer kurzen Erwiderung im Namen seiner Delegation für die freundschaftlichen Worte, mit denen sie begrüßt worden sei und bemerkte, daß die Aufgabe, vor die man gestellt sei, von entscheidender und geschichtlicher Bedeutung sei.

Die deutsche Delegation sei überzeugt, daß das Schicksal Deutschlands und Europas von einer Lösung dieser Aufgabe abhängt, die nur erfolgen könne im Geiste eines friedlichen Einverständnisses und unbedingter Loyalität. In diesem Geiste beabsichtige die deutsche Delegation zu verhandeln. Die Wiederherstellung gegenseitigen Vertrauens sei ein wesentlicher Faktor für eine fruchtbare Zusammenarbeit der Nationen. Die deutschen Delegierten erblickten in dem Plan der Sachverständigen eine Methode, die das

deutsche Volk zur Freiheit und zum Frieden führen

könnte und führen müßte. Sobald die wesentlichen Bedingungen für seine freie wirtschaftliche Aktivität wiederhergestellt sein würden, würde das deutsche Volk seine ganze Kraft dazu verwenden, die schweren Verpflichtungen zu erfüllen, die das Gutachten von ihm erfordert.

Marx bestätigte die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie den Sachverständigenplan als eine annehmbare Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage betrachte und fügte hinzu, daß die Reichsregierung in Erwartung der Erreichung einer Verständigung auf der Konferenz bereits ihre Zustimmung zu Gelegenheitswürfen gegeben habe, die für die Durchführung des Sachverständigenberichtes vom Organisationskomitee entworfen worden seien.

Deutschlands Aussichten.

London, 5. August. (Eigener Funkbericht unseres Sonderkorrespondenten.) „Daily Herald“, das Blatt der Arbeiterpartei, nimmt an, daß ein großer Teil der Fragen, die von Deutschland auf der Konferenz aufgeworfen werden, soweit sie nicht in den Rahmen der Konferenz und der Kommissionsarbeiten fallen, ausschließlich von den Sachverständigen in besonderen Zusammenkünften besprochen werden wird, zu denen Marx und Stresemann zugelassen werden sollen. Im Zusammenhang damit spricht „Daily Herald“ bereits statt von den „großen Sieben“ von den „großen Neun“. In seinem der deutschen Delegation gewidmeten Begrüßungsartikel weist „Daily Herald“ darauf hin, daß Deutschland sich bei den jetzigen Verhandlungen nicht in gleicher Lage wie zur Zeit des Zustandekommens des Versailler Vertrages befinde. In Macdonalds und Herriots hätten die deutschen Delegierten Männer vor sich, die sich von den Machern des Versailler Friedensvertrages völlig unterschieden. Es heißt dann, daß, solange die fremden Truppen nicht zurückgezogen seien, wenig Hoffnung bestehe, daß Deutschland mit der 800-Millionen-Anleihe werde rechnen können. Deutschland wünsche die völlige Zurückziehung der Truppen aus der Ruhr innerhalb sechs Monaten, während die Franzosen zu einer Räumung des Ruhrgebietes innerhalb zweier Jahre bereit seien. Es wäre indessen nicht unmöglich, zwischen beiden Auffassungen ein Kompromiß herbeizuführen.

Eine neue Phase der Konferenz.

London, 5. Aug. (W.B.) „Times“ schreibt, eine neue Phase der Reparationskonferenz beginne heute mit der Ankunft der deutschen Delegation. Nach langer Debatte sei ein Übereinkommen unter den Alliierten über die Bedingungen erzielt worden, unter denen der Dawesplan zur Durchführung gebracht werden solle. Es würde sicher besser gewesen sein, wenn weniger darüber debattiert worden wäre, und wenn das am Sonnabend erzielte Übereinkommen nicht so klar die Merkmale eines Kompromisses trüge, aber das sei notwendig gewesen, um eine Brücke von einer Weisheitsverfassung zur anderen zu schlagen und die Einladung an Deutschland zu ermöglichen, an der Konferenz teilzunehmen. Die endgültigen Bestimmungen des Dawesberichtes seien etwas abgeändert worden durch politische Erfordernisse. Niemand kenne die Natur dieser Erfordernisse besser als z. B. Stresemann, der

im letzten September noch in einer klugen und praktischen Schätzung die durch die Ruhrbesetzung geschaffene Lage behandelte. Es sei das besondere Merkmal der deutschen Delegation, daß sie aus Männern bestehe, die in der kritischsten Periode im Leben Deutschlands seit dem Kriege viel erreicht hätten, indem sie auf der Grundlage der gegebenen Tatsachen handelten, statt auf Grund von Formeln und Theorien. Vielleicht hätten sie immer noch einige Illusionen. Es sei möglich, daß sie Fehler machen würden, aber es müsse ihnen doch klar sein, daß die baldmöglichste Anwendung des Dawesplanes im wohlherwogenen Interesse Deutschlands liege, und daß das Abkommen der Alliierten zu diesem Zweck, wie es auch gefaßt sei als ein Ganzes angenommen werden sollte, ohne unnötige Änderungen daran vorzunehmen. Das Abkommen der Alliierten sei, so wie es jetzt bestehe, die einzige Grundlage, auf der eine Aktion unternommen werden könnte. Auf dem Gedanken des internationalen Zusammenwirkens und dem Sachverständigenplan aufgebaut, bedeute es in keiner Weise ein Diktat der Bedingungen des Dawesberichtes für Deutschland, der nur mit Zustimmung Deutschlands angewendet werden könne. Die Konferenz werde ihre Arbeit getan haben, wenn sie sowohl die Franzosen als auch die Deutschen aus der Atmosphäre des Ruhrkonflikts herausbringe. Es heiße, daß die Forderungen, die die Deutschen vorbringen wollten, sich hauptsächlich auf die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes und die Rückkehr der Ausgewiesenen und Gefangenen nach ihren Heimatstätten im Ruhrgebiet und Rheinland bezöge. Diese Forderungen seien logisch und berechtigt, und es werde die Aufgabe der Konferenz in ihrer neuen Phase sein, ein allmähliches internationales Zusammenwirken in der Durchführung des Sachverständigenplanes herbeizuführen, indem sie eine Vereinbarung in dieser Frage zustandebringe, die den Argwohn und die Beforgnisse in Deutschland und in den übrigen Ländern beseitige. Es sei natürlich vollkommen klar, daß die Deutschen volle Freiheit haben werden, ihren Standpunkt darzulegen, und daß sie, wenn es dazu komme, das Endprotokoll zu unterzeichnen, nicht in dem Argwohn befangen zu sein brauchen, daß sie unter Druck handelten. Der deutschen öffentlichen Meinung dürfe jedenfalls kein Anlaß zu der Behauptung gegeben werden, daß die Verpflichtung auf den Sachverständigenplan nicht aus freien Stücken durch die voll akkreditierten Vertreter Deutschlands angenommen sei, während eine gültige Annahme die sicherste Garantie für die lokale Durchführung des Planes sei.

„Daily News“ betont, daß die Deutschen ihren Platz am Beratertisch der alliierten Nationen unter der Bedingung der Gleichberechtigung einnehmen werden. In einem Bellortitel: schreibt das Blatt, die deutschen Delegierten würden sehen, daß etwas sehr hoffnungsvolles für sie nicht nur versucht, sondern auch getan worden sei. Es sei, wie Macdonald in seiner Rede habe durchblicken lassen, ihre Sache, die bisher gelegenen Grundlagen für ihre eigene Wohlfahrt und ihren Fortschritt auszunutzen.

Morgan für Unterstützung der Anleihe.

Paris, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische Bankier Morgan, der am Montag Morgen in London angekommen ist und sofort die Fühlung mit den amerikanischen Sachverständigen sowie einigen der alliierten Delegationen aufgenommen hat, soll, wie „Bell Parisien“ meldet, in einer Aussprache mit führenden Finanzleuten die zugunsten der internationalen Geldgeber vorgesehenen Garantien für ausreichend erklärt haben.

Die sozialistische Delegation in London.

Paris, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden von der Sozialistischen Partei nach London entsandten Delegierten Kuriol und Grumbach haben am Montag eine längere Aussprache mit Herriot gehabt und sodann mit den führenden Mitgliedern der Arbeiterpartei verhandelt. Auch der deutsche Abgeordnete, Genosse Breitheid, der am Sonntag in London eingetroffen ist, wurde am Montag von Herriot empfangen.

Hohe Politik.

Wie sie in Deutschland getrieben wird.

Wir erhalten folgende erhellend-ernste Zuschrift: „Die Wichtigkeit der Londoner Verhandlungen, von deren Ausgang unser Schicksal abhängt, ist in dem Maße, das deutsche Volk in die größte Spannung zu versetzen. Da ist es denn eine rechte Beruhigung, einen Beweis dafür zu erhalten, daß das zur Wahrung unserer Interessen in erster Reihe berufene Auswärtige Amt der Größe seiner Aufgabe gewachsen ist. Das Reichskabinett hat bekanntlich den Beschluß gefaßt, den Dezerenten des Auswärtigen Amtes für die besetzten Gebiete, von Friedberg, mit nach London zu entsenden. Als der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Rathhahn, hiervon erfuhr, ließ er Friedberg sagen, da er nur Legationsrat (!) sei, dürfe er nicht zusammen mit der Delegation nach London reisen, sondern müsse sich vor oder nach ihr dorthin begeben. Friedberg sprach darauf den Wunsch aus, in Berlin bleiben zu dürfen. Dies hatte zur Folge, daß Herr von Rathhahn seine Anordnung zurücknahm.“

Hoffentlich entstehen aus dem von ihm geduldeten Verstoß gegen die Etikette keine politischen Verwickelungen. Macdonald und Herriot sehen ganz danach aus, als ob ihre Sorgen von dem gleichen Kolben wären wie die des Herrn von Rathhahn. Man erschrickt angesichts der Möglichkeit, daß sie eine Delegation, die mit einem simplen Legationsrat zusammen gereist ist, als unebenbürtig zurückweisen könnten!“

Ein diplomatisches Korps, dessen ranghöchstes Mitglied die Dinge der Welt aus der Perspektive eines Hofkavaliers betrachtet, scheint uns allerdings mehr eine Gefahr für das eigene Land zu sein.

London und die Gemeinden.

Von Bürgermeister Selke, Eßlingerode.

Die Gemeinden durchleben gegenwärtig ähnlich schwere Zeiten, wie sie ihnen die hinter uns liegende Inflation gebracht. Zwar ist unsere Währung stabil geworden. Aber die nunmehr in Gold berechneten und in Gold zu zahlenden Steuern fließen infolge Kreditnot und Produktionsstillstand spärlich den Kämmereikassen zu. Haben schon die großen Städte, die sich des Besitzes verbender Betriebe erfreuen dürfen, ihre Rot, sich durchzutämpfen, so ist die Lage jener kleinen und kleinsten Gemeinden trotzlos, die ihre Verwaltung nur aus steuerlichen Einnahmen decken müssen. Am unerträglichsten aber geht es jenen Kommunen ohne andere als steuerliche Einnahmequellen, die auch noch eine ungeheure Arbeitslosigkeit zu bekämpfen haben. Deshalb haben die Gemeinden ohne Ausnahmen das allergrößte Interesse, Kundgebungen jeder Art vermieden zu wissen, die zu ungunsten Deutschlands die Konferenz beeinflussen können. Es ist daher tief bedauerlich, wenn sogar Kommunalpolitiker, wie der Bürgermeister Berndt-Schöneberg, die doch einen Einblick in das Elend der Gemeinden haben müßten, als deutschnationale Abgeordnete Reden vom Stapel lassen, die das langsam wachsende Vertrauen des Auslandes zu Deutschlands bereitwilliger Mitarbeit an der Befriedung Europas immer wieder erschüttern müssen. Dabei weiß heute schon jeder volkswirtschaftliche ABC-Schütze, wie unmöglich ein Zugangkommen unserer Wirtschaft ohne Auslandskredite ist. Sie zum Fließen zu bringen, liegt im höchsten Interesse der Gemeinden. Kredite, und zwar nicht sieben- und achtprozentige pro Monat, von unseren „nationalen“ Banken genommen, sondern billige zu tragbaren Zinssätzen müssen und werden die Produktion beleben. Das heißt aber für die Gemeinden ihre zurzeit wichtigste Steuerquelle wieder zum Fließen bringen: die Gewerbesteuer. Das heißt ferner die schleichendste Krankheit an unserem Volkstum wirksam bekämpfen zu können: die Erwerbslosigkeit. Ist es doch letztere, die neben den übrigen Fürsorgemaßnahmen die Gemeinden finanziell äußerst bedrückt, die eine größere Zahl Erwerbsloser haben, da nach dem Stande der Geleise wohl alle Arbeitenden Erwerbslosenbeiträge zahlen müssen, jedoch nicht jeder Erwerbslose Anspruch auf Unterstützung hat. Hier muß die Fürsorge der Gemeinde direkt oder indirekt einsetzen, soll auch durch Rotstandsmaßnahmen ergänzend dort nachhelfen, wo die überaus bescheidenen Unterstützungssätze zur Friftung des nackten Lebens nicht ausreichen. So ist, aber kann in den meisten Fällen nicht. Wollten die Gemeinden ihre Not infolge mangelhaft fließender Steuern vorübergehend durch Anleihen decken, auch die besten Sicherheiten verschaffen keinen irgendwie tragbaren Kredit. Somit also ist das Schicksal der Gemeinden mit dem Ausgang der Londoner Beratung aufs allerengste verbunden. Endet sie mit einem Mißerfolg, was ja der Wunsch deutscher und französischer Chauvinisten ist, so stehen die Gemeinden mit dem ganzen Deutschland vor jener schwarzen Wand, hinter der sich, zunächst für uns, in der Folge aber auch für das restliche Europa, das vollendete wirtschaftliche Chaos verbirgt.

So sehr also das Schicksal der Gemeinden und damit Deutschland überhaupt auf Gedeih und Verderb mit dem Erfolg oder Mißerfolg in London verbunden, so stark ist insbesondere jede Industriegemeinde daran interessiert, wie die Verteilung der Lasten in Erfüllung des angenommenen Dawes-Entschlusses vorgenommen werden soll. Die Gemeinden leiden als stiefmütterlich behandelte Kofzigänger des Reiches hinsichtlich Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer ungleichmäßig unter den bestehenden Steuergeetzen. Erhalten sie doch kaum 35 bis 50 Proz. dessen, was ihnen die beweglichen Zuschläge zur früheren Einkommensteuer einbrachten. Die übrigen Realsteuern, wie Grundvermögens-, Gewerbesteuer und neuerdings die Hauszinssteuer sind ihrer Beweglichkeit, infolge Anspannung bis an die äußerste Grenze, längst beraubt. Somit drängt die Entwicklung unbedingt wieder zum Zuschlagsrecht der Gemeinden auf Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Vermögenssteuer. Dieses Zuschlagsrecht zu einer wirksamen Steuerquelle zu machen, legt voraus, daß insbesondere in Industriegemeinden das Einkommen der Arbeiterschaft ein solches ist, das eine steuerliche Belastung auch ertragen kann. Eine gesteigerte Kaufkraft erhöht nicht nur die körperliche Leistungsfähigkeit des Arbeiters und damit die Aussicht, ohne den berüchtigten „Verfälschungen“ der Reparationspflicht zu genügen — sie hebt auch den Innenmarkt, bringt Handel und Gewerbe in Fluß und stärkt in der Steuerkraft des Gewerbes die andere starke Steuerquelle der Gemeinden, die Gewerbesteuer. Der andere von den Industriekapitänen brutal beschränkte Weg der Lohnreduzierung, verbunden mit ungerechtfertigter Arbeitszeitverlängerung muß im Hinblick auf die körperliche und seelische Auswirkung bei der Arbeiterschaft das Gegenteil des beabsichtigten Erfolges bringen. Ein Erfolg der Londoner Konferenz wird nur dann den Gemeinden eine wenn auch schwere, so doch ruhige Arbeit ermöglichen, wenn der Kampf um die Verteilung der Lasten neben der Zufuhr neuer Kräfte für unsere Gesamtwirtschaft der gesamten Arbeitnehmerschaft eine merkbare Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage bringt. Die so unbedingt notwendige Aufwärtsentwicklung der Gemeindegewirtschaft ist eben ganz und gar mit der Entwicklung der gesamten Wirtschaft verknüpft, von der sie selber nur ein Teil sind und der zu dienen ihre wichtigste Aufgabe ist. Die Verleugung ihrer Interessen und ihrer Lebensmöglichkeiten mit der Entwicklung der deutschen Gesamtwirtschaft haben die Gemeinden in den vergangenen Jahren zu deutlich zu spüren bekommen, als daß sie nicht wissen sollten, wie sehr auch ihre nähere Zu-

kunft davon abhängt, daß die deutsche Außenpolitik von dem hemmenden Druck der nationalitätlichen Phrasendrescherei befreit wird und endlich den Weg zu einem klugen und darum doch zielbewußten Neuaufbau findet.

Der Abbau der Oberbürgermeister.

In Hannover haben die Herrschaften den Abbau des Oberbürgermeisters Leitner vorläufig eingestellt. In Kassel ist die Haupt- und Staatsaktion auch noch nicht ganz geklärt. Der Regierungspräsident beschäftigt sich vorläufig noch mit einer Nachprüfung der Entschloßungen der Zufallsmehrheit der Stadtverordnetenversammlung. Dem „Berliner Tageblatt“ wird jetzt aus Kassel eine eingehende Darstellung zugesandt, die die „Sachlichkeit“ des Abbaubeschlusses auszeichnet beleuchtet. In dieser Zuschrift heißt es:

1. Die Abbauer verlangen für Kassel das Einbürgermeister System, ohne zu wissen, daß sie bereits mehr als dreißig Jahre friedlich und ohne Beschwerden unter diesem System gelebt haben. Nach § 22 der Städteordnung für Hessen-Kassel gibt es nur einen Bürgermeister, der den Titel „Oberbürgermeister“ führt und einen besoldeten Beigeordneten, der „Bürgermeister“ genannt wird.

2. Der Magistrat der Stadt Kassel ist zurzeit nur ein Torso. 5 Väter: Schulverwaltung, Soziales Amt, Stadtbauamt, Gesundheitsamt, Wohlfahrtsamt die Kaiser von besoldeten Stadträten geleitet waren, sind zurzeit ohne Deputierten. Außer dem Oberbürgermeister sind nur noch der Finanzdeputierte, die Leiter des Jugend- und Verkehrsamts und ein Jurist tätig. Ein Abbau setzt eine reichliche, zum mindesten eine über den notwendigen Bedarf hinausgehende Besetzung der betreffenden Behörde voraus. Der Kasseler Magistrat ist nach den eben mitgeteilten Zahlen nicht abbaubar, sondern ausbaubedürftig. Eine unterbesetzte Verwaltungsbehörde verfügt in Wahrheit nicht über jenes Maß von Sachkenntnis und praktischer Erfahrung auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung und des täglichen Lebens, das zu gedeihlicher Führung der Geschäfte erforderlich ist.

3. Wie sachlich die reaktionären „Abbauer“ verfahren, ergibt sich daraus, daß sie den Oberbürgermeister für unbedeutend erklären, daß sie aber für eine Stadt von 17000 Einwohnern einen selbständigen Verkehrsstadtrat für notwendig erachten, und gleichzeitig ein früher gegebenes Versprechen, den Stadtrat, der Magistrat ist, zum besoldeten Stadtrat zu machen, einlösen wollen.

Bisher haben diese Abbauerparteien des Rathauses (der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, Völkischen und der aus zwei Mitgliedern bestehenden Zentrumsfraktion) für keine Abstimmung die absolute Mehrheit erzielt. Ermöglicht wurden sie nur durch die in einer entscheidenden Sitzung geübte Stimmenthaltung bzw. Abwesenheit der demokratischen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

Im übrigen kann der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung aus folgenden Gründen nicht aufrechterhalten werden:

1. Sie hat gegen den § 22 der St.-O. f. H.-K. verstoßen, indem sie eine Stelle abbaut, die nicht abgebaut werden kann, solange die Städteordnung für Hessen-Kassel zu Recht besteht;

2. Sie hat — wenn sie sich darauf berufen sollte, nicht die Stelle, sondern nur den Stelleninhaber abzubauen zu wollen — bei der Klaffbehörde nicht zuvor festgestellt, ob sie der Wiederbesetzung der Stelle zustimmen wird, die durch Berechnung des freizumachenden Stelleninhabers in den einstufigen Ruhestand freizusetzen soll. (§ 2 der preussischen Abbauerordnung, Min.-Blatt für die preussische innere Verwaltung vom 15. März 1924, Nr. 12, S. 279, Absatz 4.)

Nach dieser Zuschrift waren die demokratischen Mitglieder der Kasseler Stadtverordnetenversammlung entweder abwesend oder sie enthielten sich der Stimme. Auch das „Berliner Tageblatt“ wird nicht behaupten wollen, daß die Demokraten in Kassel sich danach gerade sehr vorbildlich benommen haben. Es würde überhaupt kein Fehler sein, wenn zunächst die Demokraten einmal in ihren eigenen Reihen nach dem Rechten sehen würden. In der gleichen Nummer des „Tageblatts“ klagt der Berliner Stadtverordnete

Paul Michaelis darüber, daß die Berliner Selbstverwaltung auf dem toten Punkt angelangt sei. Es kommt diesem demokratischen Führer der Berliner Rathausfraktion dabei auf ein paar Unrichtigkeiten nicht an. So behauptet er, daß von einer Verminderung der Zahl der Berliner Magistratsmitglieder von 30 auf 18 nicht mehr die Rede sei. Er vergißt wie gewöhnlich mitzuteilen, daß bereits ein bedeutender Abbau des Berliner Magistrats stattgefunden hat, indem nicht weniger als 6 von 18 besoldeten Mitgliedern, also ein Drittel, schon abgebaut worden sind. Dafür, daß mit Unterstützung der Demokraten schleunigst ein möglichst weit reichs stehender bürgerlicher Verwaltungsbeamter wieder neu in den Magistrat gewählt worden ist, kann doch höchstens die demokratische Fraktion verantwortlich gemacht werden. Man weiß auch nicht, wen Michaelis meint, wenn er folgendes feststellt:

„Aber man hat leider in der Frage des Stadtschulrats Vausen von der rechten Seite unzulässige politische Gesichtspunkte in die Abbaufrage hineingetragen.“

Offenbar meint der demokratische Stadtverordnete mit der rechten Seite die demokratische Rathausfraktion und namentlich ihren Führer, den Schulrat Mertens, den Böchters- Erben auf dem Stuhl des Berliner Stadtschulrats. Es ist leider so in Berlin und fast überall, daß auch die Demokraten sich nicht dazu ausschwingen können, die erbärmlich kurzfristige Bürgerblockpolitik von vornherein unmöglich zu machen. Ihre lokalen Vertreter unterliegen immer wieder den Versuchungen, sich in die allgemeine Front der Reaktion einzureihen. So haben sie es in Thüringen gemacht und jetzt jammern sie selber über das, was durch ihre Schuld dort angerichtet worden ist. Eine Aenderung wird erst dann zu erwarten sein, wenn die Mittelparteien sich ein für allemal von dieser Politik freimachen können. Werden wir das jemals erleben?

Zu der Redung, daß auch die Stadtverordnetenversammlung Bielefeld den Abbau ihres sozialdemokratischen zweiten Bürgermeisters beschlossen habe, teilt die demokratische Parteileitung in Bielefeld mit, daß es sich dort noch keineswegs um einen Beschluß, sondern nur um einen Antrag handle, den die vereinigten Fraktionen der Deutschen Nationalen, Deutschen Volkspartei und des Zentrums in der Stadtverordnetenversammlung gestellt haben. Die demokratische Fraktion hat sich an dieser Aktion keineswegs beteiligt, sondern sich dem Antrag der Sozialdemokraten auf Vertagung der Beschlussfassung bis nach den Ferien angeschlossen, um so die Gewähr für eine sachliche Prüfung des Abbauantrags zu schaffen, der sich übrigens nicht nur auf den sozialdemokratischen zweiten Bürgermeister, sondern auch auf einen der Deutschen Volkspartei angehörenden Beigeordneten erstreckt.

Scheidemanns Abbau beanstandet.

Kassel, 5. August. (W.B.) Die hiesige Regierung hat den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auf Abbau des Oberbürgermeisters Scheidemann als ungesetzlich mit aufschreibender Wirkung beanstandet, da der Beschluß nicht mit der notwendigen Bestimmtheit erkennen ließ, ob die Stadtverordneten die Stelle oder den Stelleninhaber abbauen wollten.

Die Suspendierung des Dr. Gumbel.

Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Am 26. Juli fand in der Heidelberger Stadthalle eine „Niederwieder-Krieg“-Kundgebung statt, bei der der Abgeordnete Straßel und der französische Professor Balm ein sprachen. In seinem Schlusswort postierte Gumbel die Entgegnung, daß er von den Toten des Krieges sprach, die, wie er sich ausdrückte: „ich will nicht sagen, auf dem Felde der Unruhe gefallen sind“. Diese Äußerung fiel in einer längeren Rede, in der Gumbel ausdrücklich zwischen der Schändlichkeit des Krieges an sich und der mangelhaften Reinheit des einzelnen Soldaten unterschied. Sie wurde von der Versammlung sofort richtig verstanden. Eine Vorstandssitzung des Orts-

verbandes der Kriegsbeschädigten sprach Gumbel bereits am nächsten Tage ihr Vertrauen aus, bedauerte sogar, daß er nicht noch schärfere Worte gegen den Krieg gebraucht habe. Die Zentrumspreffe („Pfälzer Boten“) sprach von dem stillen Ernst, von dem strengen Verantwortungsgesühl und der starken inneren Ergriffenheit der Versammlung.

Anders war die Haltung der Völkischen. Sie hatten vorher versucht, die Versammlung durch die Behörden verbieten zu lassen und hatten versucht, die Versammlung durch Stinkbomben zu sprengen. Eine Studentenversammlung, welche von ganzen fünfzig Mann besucht war, verlangte bereits am nächsten Tage mit dreißig gegen zwanzig Stimmen die Entfernung Dr. Gumbels von seinem Lehramt. Die philosophische Fakultät schloß nun nicht etwa den Dozenten gegen die dreißig Studenten, die sich ein Abberufungsrecht anmaßten. Vielmehr leitete sie, ohne Dr. Gumbel gehört zu haben, mit Zustimmung des engeren Senats sofort ein Verfahren gegen ihn wegen dieser „Pflichtverletzung“ ein. Und der Minister unterlagte ihm bereits am 31. Juli die Ausübung seiner Lehrtätigkeit. Während sonst akademische Entscheidungen mit bekannter Bangsamkeit erfolgen, ist man diesmal im Laufe von ein paar Tagen zu ganz schwerwiegenden Maßnahmen geschritten. Zur gleichen Zeit buldet die Universität Heidelberg, daß Mitglieder ihres Lehrkörpers die extremsten und gehässigsten Angriffe gegen die Republik richteten. Dies muß natürlich zu der Vermutung führen, daß das Verfahren nicht von dieser einen unglücklichen Formulierung, sondern von der ganzen politischen Einstellung gegen Dr. Gumbel ausgeht. Es besteht natürlich die Gefahr, daß die merkwürdige Begründung, monach eine gegen den Krieg gerichtete Äußerung eine Vertagung der akademischen Pflichten darstellt, von der ausländischen Presse als Bestätigung dafür angenommen wird, daß es Pflicht der deutschen Universitäten sei, den Krieg vorzubereiten.

Soweit die Zuschrift aus Heidelberg. Was sich dort abspielt, ist wieder einmal ein trauriges Kapitel innerdeutscher Entwicklung der Nachkriegszeit. Gumbel hat sich durch seine außerordentlich gründlich gearbeiteten Schriften über die rechtsradikalen Organisationen, über das System des politischen Mordes, wie es bei uns zu lange in Reinkultur entwickelt worden ist, ebenso große Verdienste erworben, wie er sich bei all den Schülern der Banditen- und Verbrecherorganisationen verhaßt gemacht hat. Die Blödsinnigkeit, mit der die Heidelberger Fakultät und das badische Unterrichtsministerium gegen Gumbel vorgehen, ist — wer könnte daran zweifeln — nur aus diesem Haß zu erklären. Man kann wirklich gespannt sein, welcher Skandal uns da wieder besetzt wird.

Debatte im Badischen Landtag.

Karlsruhe, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Dem Fall des Heidelberger Privatdozenten Dr. Gumbel hat heute vormittag der sozialdemokratische Abgeordnete Häbler im badischen Landtag zur Sprache gebracht. Er bezeichnete es als eine Unverschämtheit, daß von 2000 Studenten, die die Universität Heidelberg besuchen, 30 bis 40 es wagen können, die Abberufung Gumbels von seinem Lehramt zu verlangen. Er bedauerte die Haltung des badischen Unterrichtsministers Dr. Heilspach, der sich dem Vorgehen der philosophischen Fakultät und des Senats anschloß, und ihm die Ausübung der Lehrtätigkeit untersagte. Im Falle des Professors Genard sei man um so langsamer vorgegangen, als man jetzt das Einschreiten gegen Gumbel wegen einer rednerischen Entgegnung, die außerhalb der Universität fiel, überstürzt habe. Man habe es Gumbel entgehen lassen wollen, daß er 4 Jahre Justiz in der Zeit nach der Revolution zum besonderen Ziel seiner Angriffe gemacht habe. Ihn sofort seines Amtes zu entheben, habe gar keine Veranlassung vorgelegen. — Der badische Unterrichtsminister, dessen Etat zurzeit zur Beratung steht, wird noch heute oder morgen Gelegenheit nehmen, sich zu der Angelegenheit zu äußern.

Der russische Botschafter in Berlin Krestinski ist in Berlin eingetroffen und hat seinen Posten wieder übernommen. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing den russischen Botschafter noch am Sonntag abend und hatte mit ihm eine längere Unterhaltung über schwebende politische Probleme.

Die großen Schreier.

Aus der germanischen Altertumskunde.

„Für deutsche und christliche Art“ — Das ist der Kampfruf vieler Nationalisten. Uffiso, der uns in seiner Bibelübertragung ins Gotische ein gewaltiges Sprachdenkmal aus der Frühzeit der germanischen Völkerbewegung hinterlassen hat, gebraucht aber das Wort deutsch (ahd.) nur in dem Sinne von heidnisch. „Für deutsche und christliche Art“ würde also, wenn dieser geistgewaltige Germane, dessen Volk in den Stürmen der Völkerwanderung unterging, als Dolmetscher dienen soll, bedeuten: „Für heidnische und christliche Art.“ Das wäre aber für die Valenteuzer noch längst kein Widerspruch, denn auch unsere Nationalisten streiten ja bald für Wotan, bald für das „Christentum“.

Ueber die Bedeutung des Namens „Germanen“ sind viele gelehrte Betrachtungen angestellt worden. Aus der deutschen, teilschen und lateinischen Sprache her wurden Deutungsversuche unternommen. Witter leitet das Wort von dem Namen eines Hauptstammes, dem der Hermionen und Germanen (in teilscher Lautgebung) ab. Andere Forscher überlegten das Wort „Germanen“ als „Behrmmänner“, „Speerträger“, „Wormbader“, „Krieger“, „Echte“ usw. Unter allen wissenschaftlichen Deutungen verdient aber eine besonders hervorgehoben zu werden, weil ihr Begründer vorahnend die eigentliche Wesensart unserer heutigen Valenteuzer erkannt hat. In jedem Werke über die germanische Altertumskunde begegnen wir ihr. Dieser Deutung müssen alle unsere Nationalisten den Preis zuerkennen. Sie übersetzt „Germanen“ mit: „große Schreier“.

Wie viele Bayern, die auf Berlin und Brandenburg schimpfen, wissen eigentlich, daß ihre Vorfäter, als Abstammlinge der alten Arier, in den ersten Jahrhunderten unserer Geschichte selber zwischen Spree und Oder saßen? Daß ihr „angestammtes“ Fürstengeschlecht schon im 6. Jahrhundert auf geheimnisvolle Weise von der Wildfläche verschwand und durch ein fremdes ersetzt wurde? Und wie viele von ihnen wissen, daß gerade nach jenen Forschern, welche die Wiege aller Arier in Skandinavien erblicken, Gallen, Kelten, Latiner, Germanen, Sarmaten, Slawen, Tschechen, Hellenen, Stythen, Parther, Meder usw. stammverwandt sind? Nicht erst seit der großen „Hunnenschlacht“ auf den Katalaunischen Feldern ist somit die Geschichte der europäischen Menschheit ein großer Familienkandal.

Rot ist eine gut deutsche Farbe, die nur die Dänen nicht leiden mögen. Das germanische Volk der Sachsen, das keine

Abstammung von Dänen und Norihwännern rühmt, hatte, nachdem schwäbische und fränkische Völker südwärts gezogen waren, in den ersten Jahrhunderten unserer Zeit das Land zwischen Rhein und Elbe in Besitz genommen. Späterhin dehnte es sich bis nach Ostpreußen und darüber hinaus aus. Noch heute erkennen wir diese Sachsen, deren Plattdeutsch durch Reuter weithin in Deutschland bekannt wurde, sofort an dem spizen s und anderen Eigentümlichkeiten des Dialekts. Die wilden Freiheitstämpfe der Sachsen gegen den germanischen Frontenkaiser Karl, der mit Feuer und Schwert gegen sie wüthete, um sie zu unterjochen, sind bekannt. Dieses Volk der Sachsen bekannte sich zu Rot. Rot war seine Schildfarbe. Rot also seine Schildburg. Auch die Normannen, die germanischen internationalen Gesellen, trugen Rot. Es gibt völkische Professoren, die ob solcher Lausachen noch heute rot werden. . . .

Großberliner Naturschutz.

Daß der Naturschutz in der Großstadt, in der der Mensch sowieso von den Segnungen der Natur so wenig genießt, mindestens ebenso wichtig ist wie auf dem Lande, ist ein Gebante, der sich erst allmählich Bahn gebrochen hat. Heute werden die Parks, Gärten und Grünflächen, die in der Großstadt angelegt sind oder sich dort noch erhalten haben, unter geschützten Schutz gestellt, und zwar ist dies für die beiden größten deutschen Seidungsmetropolen, Berlin und den Ruhrbezirk, durch zwei Gesetze der Nachkriegszeit geschehen. Ueber die Wirkung dieser Gesetze und über den Stand der Sicherung der Berliner Grünflächen sprach Magistrats-Oberbaureferent Heiligenthal auf dem ersten Märktischen Naturschutztag, über den in der Zeitschrift „Natur und Volk“ berichtet wird. Groß-Berlin verfügt über eine Gesamtfläche an Grünflächen, die rund 40000 Hektar betragen. Im Besitz des Magistrats sind also Grünflächen, von denen rund 100 Quadratkilometer auf den Kopf der 4-Millionen-Bevölkerung kommen. Den Grundstock dieses gewaltigen Gebietes bilden die alten Stadtparks der Umgebung von Berlin; hierzu kommen die durch den Verband Groß-Berlin vom Staat erworbenen Dauerwaldgebiete im Ausmaß von 10000 Hektar. In Berlin bestimmt der Magistrat, in der Umgebung, der sogenannten 8-Kilometer-Zone, der Großprojizionsausfluß, welche Baumbestände und Grünflächen zu erhalten und welche Uferwege für den Wandererkehr zu sichern sind.

Die geschützten Gebiete im Stadtbezirk umfassen 19195 Hektar, und zwar 13825 Hektar städtisches, 3100 Hektar forstwirtschaftliches und 2270 Hektar Privatgelände. Neben öffentlichen Grünflächen, die des guten Beispiels wegen geschützt werden mußten, wie die Dauerwaldgebiete oder der Tiergarten, sind auch zahlreiche staatliche und private Parks in ihrem Baumbestande gesichert, so z. B. die Ministergärten, der Prinz-Albrecht-Park, viele Friedhöfe u. dgl. Auch Waldflächen, wie Frohnau, sind zur Erhaltung ihres Charakters unter Baumzucht gestellt. Schwierig ist die Freihaltung der Uferwege. Für die Sicherung von 8 Kilometer ist ein besonderer Plan der Sicherung ausgearbeitet, und so wird dafür Gewähr geleistet, daß dem Berliner das bühnen Natur, das er so dringend braucht, erhalten bleibt.

Eine wichtige Aufgabe des Naturschutzes ist es jedoch außerdem, die Grünflächen bis in den geschlossenen bebauten Kern der Stadt hinein zuverlegen und wenigstens bis zu den Ringbahnhöfen vorzutreiben, die ja leicht zu erreichen sind. Gelingt es, die Grünflächen noch weiter mit den inneren Freizeitanlagen, wie Friedrichshain, Humboldthain oder Tempelhofer Feld, zu verbinden, so wäre die Möglichkeit geboten, von allen Punkten Berlins ohne lange Fahrten auf grünen Pfaden ins Freie zu gelangen.

Kunstunterricht durch Radio. Der Rundfunk, der auch bei uns bereits vielfach zur Aufklärung über wichtige Fragen der Hygiene und der Erziehung überhaupt benutzt wird, ist jetzt in den Vereinigten Staaten in den Dienst des Kunstunterrichts gestellt worden. Wie der New Yorker Berichterstatter des „Glorious“ erzählt, haben die „Freunde der Kunst fürs Volk“ eine Vortragsserie veranstaltet, die durch Radio verbreitet wird und für die die nötigen Illustrationen zu ganz billigen Preisen abgegeben werden. Da die Mehrzahl der amerikanischen Heime in Stadt und Land an den Rundfunk angeschlossen sind, so kann auf diese Weise eine Abnung von Kunst und durch die Liebe zum Schönen überall hin verbreitet werden. Unter den Themen, die behandelt werden, sind z. B.: „Kunstverstehen und wie es erreicht werden kann“, „Wie soll man Gemälde besichtigen?“, „Architektur und Städtebau“, „Dorfverschönerung“, „Kunst der Kleidung“, „Kunst im Heim“.

Genie und Irrsinn. Der Zustand Don Lorenzo Perosis, des berühmten italienischen Musikers und Komponisten, der, wie man weiß, vor mehreren Jahren wahnsinnig geworden ist, zeigt noch immer keine Anzeichen zur Besserung. Der Unglückliche verbringt den größten Teil des Tages mit der Abfassung eines Strafgesetzbuches, das lebenslängliche Kerkerhaft für die Ehelosen vorsieht. Manchmal denkt er auch an seine geliebte Musik und verfaßt Kompositionen. Ein italienischer Journalist, der Gelegenheit hatte, seine letzten Schöpfungen zu hören, erklärt diese Werke für genial.

Das „Dramatische Theater“ hat die vorbereitenden Arbeiten abgeschlossen. Die künstlerische Verantwortung für das Unternehmen tragen: Bühnen-Direktor als Direktor, Karl Vogt als Oberintendant, Prof. Hans Voelz als Prof. Max Westheim und Alf Rastner-Schäfer als künstlerische Berater. Ferner Fred Antoine Ungermayer und Paul Bach als Dramaturgen.

Schiller-Theater Charlottenburg. Die Operette „Die Frau ohne Ruh“ wird noch bis Ende August auf dem Spielplan bleiben. Der Vertrag mit Lady Christiana wurde bis 10. August verlängert, die übrige Besetzung ist die gleiche, wie bei der Premiere.

Eine deutsch-englische Sommerschule. In Frankfurt wurde gestern vom Frankfurter Bund für Volkshilfe eine 11tägige deutsch-englische Sommerschule eröffnet, zu der als englische Teilnehmer Mitglieder der „Vorleser-Union“, der Volkshilfsorganisation der englischen Trades Unions eingeladen worden waren. Bei der Eröffnungsvorleser, die einen überaus harmonischen Verlauf nahm, sprachen abwechselnd deutsche und englische Redner. Alle Anwesenden gaben in der Dankagung, daß nach dem Verlassen der alten Diplomatie sich jetzt endlich die Völker selbst zu gemeinsamer praktischer Arbeit im Geiste der Verständigung und des Friedens zusammenfinden mögen.

Macdonalds Rede im Unterhause.

(Schluß aus der Morgenausgabe.)

Macdonald führte in seiner gestrigen Unterhausrede weiter aus: Was weiterhin noch zu erledigen sei, könne nach seiner festen Überzeugung geregelt werden, wenn man zu einem

Zustand des zusammenwirkenden Vertrauens

gelangen könnte. — Die Mitglieder des Hauses könnten auf jeden Fall versichert sein, daß diese Frage der Anwendung von Sanktionen durch Regierungen wahrscheinlich nicht mit Blindheit aufgenommen werde. Im gegenwärtigen Augenblick handle es sich um Resolutionen, die von Komitees entworfen worden seien — davon einige in den frühen Stunden des Morgens und unter einem großen Druck — und er habe es

abgelehnt, seine Unterschrift darunter zu setzen

(Gesichter und Beifall), aber mit dem Hauptinhalt stimme er überein — in manchen Punkten nach einem sehr großen Druck — aber ein Handel sei ein Handel, und jedermann könne nicht immer seinen eigenen Willen haben. Aber wenn diese Beschlüsse alle koordiniert und von den juristischen Sachverständigen geprüft und in der fertigen und angemessenen Form unterbreitet worden seien, dann würde er, wenn er irgend etwas in diesen Vereinbarungen finden würde, was von irgend jemand, Freund oder Feind, dazu benutzt werden könnte anzugeben, daß er irgend etwas gutgeheißenes habe, was seit dem 11. Januar stattgefunden habe, vorschlagen, einen Zusatz an das Dokument anzufügen, in dem es heißt, daß nichts in diesem Dokument ihn zu diesen Transaktionen verpflichte.

Lloyd George warf hier ein: „Ober zu einer Annahme ihres Standpunktes!“

Macdonald erklärte: „Ober zu einer Annahme dieses Standpunktes“ und fügte hinzu, was er gerne tun würde, sei ein System von Schiedsgerichtsbarkeit anzuwenden, das, wie er hoffe, in seinem Wirken erfolgreich sein werde. Er würde dieselben Bedingungen auf die Auslegung des Versailles Vertrags anwenden, so daß alle strittigen Punkte verworfen werden könnten; z. B. (Macdonald betonte hierbei die vorläufige Natur dieses Vertrags) an den Internationalen Gerichtshof im Haag. Aber er befürchte, daß bei dem augenblicklichen Stand der öffentlichen Meinung nicht in England, sondern anderswo eine derartige Vereinbarung unmöglich sei. Er hoffe, daß man nach sechs Monaten in der Lage sein werde, zu einer Vereinbarung über diesen Punkt zu gelangen. Für den Augenblick werde er offengelassen werden müssen.

Lloyd George fragte, ob diese Vereinbarungen den Bankiers unterbreitet worden seien. Macdonald erklärte, den Bankiers seien die Vereinbarungen bekannt,

und er habe mit ihnen Unterredungen gehabt, seitdem ihnen die Vereinbarungen vorgelesen hätten. Bevor die Bankiers endgültig sagen könnten, ob sie diese Anleihe ausgeben würden, müßten sie die deutschen Vertreter zu Rate ziehen. Das Haus werde sich erinnern, daß nach dem Dames-Plan der letzten Endes verantwortliche Staat nicht England oder Frankreich sei, sondern Deutschland, und bevor die Gläubiger den Geld Deutschlands herausgefunden hätten, sei es unmöglich für die Deute, die dazu rieten, Geld in die Anleihe zu stecken, zu sagen, ob die Sicherheit gut oder schlecht sei.

Die Regierung werde nach der Londoner Konferenz fortfahren daran zu arbeiten, so gut sie könne. Mit der Anleihe habe die Regierung wirklich nicht das geringste zu tun, sie verhandle nicht über eine Anleihe, sondern über ein politisches Uebereinkommen, das in seinen Bestimmungen nach Ansicht der Deute, die dafür verantwortlich sein würden, das Publikum zur Zeichnung der Anleihe zu erziehen, eine Sicherheit bieten würde, die für die Kapitalanlage gut genug sein würde. Sobald man die Arbeiten beendet habe, müßten die Banken in London, Paris und anderswo sich mit der Aufbringung der Anleihe befassen. Alles was man tun könne, sei, sie darüber zu stellen, daß die Maschinen, die geschaffen worden sei, um eine Verzugsverklärung zu geben, so befriedigend sei, daß die

Verzugsverklärung nicht erfolgen könne, wenn nicht vollkommen klar sei, daß Verzug stattgefunden habe.

Auf weitere Zwischenfragen antwortend, erklärte Macdonald: Wenn wir unsere Vereinbarungen getroffen haben, und wenn die Bankiers mit der deutschen Regierung zusammengelassen sind, und wenn die Vorkehrungen für die Sicherheit getroffen worden sind, dann wird die Anleihe ausgegeben werden, jedoch nicht unter den Augen der Regierungen oder ihrer Verantwortung.

Lloyd George fragte hierauf, wie bereits kurz gemeldet: „Ist der Premierminister bezüglich der sehr wichtigen Erklärung, die er über den Versailles Vertrag gemacht hat, der Ansicht, daß Frankreich das Recht hat, eine separate Aktion auf Grund des Versailles Vertrags zu unternehmen oder pflichtet er nicht der von der früheren Regierung und ihren Regenern vertretenen Ansicht bei, daß Frankreich kein Recht hat, eine separate Aktion ohne Zustimmung der anderen Alliierten zu unternehmen? Sind die Bankiers über die erzielte Vereinbarung zu Rate gezogen worden, und sehen sie diese als befriedigend genug an, um der Ansicht zu sein, daß sie ihren Kunden empfehlen können, die notwendigen Gelder vorzustrecken?“

Macdonald gab hierauf die bereits gemeldete Antwort und fuhr fort, er wolle dem Hause eine Versicherung über die Angelegenheit geben, wenn das Abkommen endgültige Gestalt habe. Im gegenwärtigen Augenblick handle es sich um Resolutionen, die von Komitees entworfen worden seien — davon einige in den frühen Stunden des Morgens und unter einem großen Druck — und er habe es abgelehnt, seine Unterschrift darunter zu setzen (Gesichter und Beifall), aber mit dem Hauptinhalt stimme er überein — in manchen Punkten nach einem sehr großen Druck — aber ein Handel sei ein Handel, und jedermann könne nicht immer seinen eigenen Willen haben. Aber wenn diese Beschlüsse alle koordiniert und von den juristischen Sachverständigen geprüft und in der fertigen und angemessenen Form unterbreitet worden seien, dann würde er, wenn er irgend etwas in diesen Vereinbarungen finden würde, was von irgend jemand, Freund oder Feind, dazu benutzt werden könnte anzugeben, daß er irgend etwas gutgeheißenes habe, was seit dem 11. Januar stattgefunden habe, vorschlagen, einen Zusatz an das Dokument anzufügen, in dem es heißt, daß nichts in diesem Dokument ihn zu diesen Transaktionen verpflichte.

Lloyd George warf hier ein: „Ober zu einer Annahme ihres Standpunktes!“

Macdonald erklärte: „Ober zu einer Annahme dieses Standpunktes“ und fügte hinzu, was er gerne tun würde, sei

ein System der Schiedsgerichtsbarkeit

anzuwenden, das, wie er hoffe, in seinem Wirken erfolgreich sein werde. Er würde dieselben Bedingungen auf die Auslegung des Versailles Vertrags anwenden, so daß alle strittigen Punkte verworfen werden könnten; z. B. (Macdonald betonte hierbei die vorläufige Natur dieses Vertrags) an den Internationalen Gerichtshof im Haag. Aber er fürchte, daß bei dem augenblicklichen Stand der öffentlichen Meinung nicht in England, sondern anderswo eine derartige Vereinbarung unmöglich sei. Er hoffe, daß man nach sechs Monaten in der Lage sein werde, zu einer Vereinbarung über diesen Punkt zu gelangen. Für den Augenblick werde er offen gelassen werden müssen.

Lloyd George fragte, ob diese Vereinbarungen den Bankiers unterbreitet worden seien.

Macdonald erklärte, den Bankiers seien die Vereinbarungen bekannt, und er habe mit ihnen Unterredungen gehabt, seitdem ihnen die Vereinbarungen vorgelesen hätten. Bevor die Bankiers endgültig sagen könnten, ob sie diese Anleihe ausgeben würden, müßten sie die deutschen Vertreter zu Rate ziehen.

Das Haus werde sich erinnern, daß nach dem Dames-Plan der letzten Endes verantwortliche Staat nicht England oder Frankreich sei, son-

Messe und Ausstellung.

Schuh und Leder.

Alles, was zu den ledernerarbeitenden Gewerben und Industrien Deutschlands zählt, gibt sich zurzeit ein Stelldichein in Berlin. Als erste Tat des neuen Berliner Messeamtes geht in der Philharmonie, Bernburger Straße, und in den riesigen Ausstellungshallen am Kaiserdamm eine Messe der Schuh- und Lederwirtschaft vor sich, die in der Tat alles umschließt, was sich aus Leder herstellen läßt. Un- das ist bekanntlich nicht wenig.

Die ganze Philharmonie mit allen Haupt- und Nebenräumen und Gängen ist bis an den Rand gefüllt mit den tausendert Lederwaren, wie sie aus den Händen der Sattler und Portefeulleur hervorgehen, den Sattelzeugen, den Lederjochen, den Taschen und Täschchen, den Reisekoffern und Briefmappen, den Lederkofferwaren, den Luxusartikeln und den Rohlederwaren, aus denen all diese Dinge geschaffen werden. Dieses ganze Gewerbe ist in einem Maße verzweigt und vielfältig, daß sich der Laie schwer einen Begriff davon machen kann. Es ist alles vertreten vom Poeslealbum (noch immer) bis zum Schrankkoffer, von der Markttasche bis zur Lederbekleidung. Gerade die Berliner Lederindustrie hat sich nämlich in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Stütze für die Herstellung von Lederwaren entwickelt. Sie ist zugleich Konsum- und Luxusindustrie, und kann getrost die Konkurrenz mit jedem anderen Markt aufnehmen.

Gibt hier die unterschiedliche Größe und Farbigeit der Dinge dem Ganzen ein bunt verzweigtes Bild, so präsentieren sich die Ausstellungshallen am Kaiserdamm in einer gewissen Gleichförmigkeit, die dem Charakter der ausgestellten Gegenstände entspricht. Die mächtige Halle bietet eine einzige große Schuh- und Stiefelschau. In endlosen Reihen reihen sich die Stände aneinander: Schuhe, Schuhe und nochmals Schuhe in allen Fassons, in allen Mustern. Aus dem Rahmen fällt der Luxus Schuh für den Damenschuh. Was auf diesem Gebiet geleistet wird, grenzt an das Fabelhafte. Schuhe in allen Farben der Iris, Schuhe aus Gold- und Silberleder, Schuhe aus Lederbrokat, Schuhe aus Paletotleder. Schuhe in unendlich verzärrter Form, daß man sie gar nicht mehr als Bekleidungsstücke ansprechen kann. Dann Herrenschuhe nach amerikanischen Mustern mit unheimlich dicken Sohlen, die nicht mehr aus Leder, sondern einer Art von milchig-gelbem Rohgummi bestehen. Die Berliner Schuhindustrie ist stark belebt, und zwar ist es die mannigfaltige Hauschuhindustrie und die Fabrikation hochwertiger

dem Deutschland, und bevor die Gläubiger den Geld Deutschlands herausgefunden hätten, sei es unmöglich für die Deute, die dazu rieten, Geld in die Anleihe zu stecken, zu sagen, ob die Sicherheit gut oder schlecht sei. Aber er könne dem Hause versichern, daß er insähe von Beratungen mit den Bankiers gestern Abend und in den frühen Stunden dieses Morgens der Ansicht sei, daß, bevor die Konferenz sich verjage eine endgültige Erklärung von Seiten der Bankiers über diese Frage abgegeben werden werde. Was die Wiederherstellung der 26 Prozent des Reparations Recovery Act betreffe, so müßte er den Rat des Schatzamts einholen, bevor er sich festlegen könne.

Auf die Frage ob irgendwelche Vorkehrungen getroffen worden seien für die Einsetzung eines Komitees zur Entscheidung darüber, bis zu welchem Maße jedes Land Reparationsanforderungen empfangen müsse, erklärte Macdonald, dies sei eine Frage, zu der man

Die Zustimmung der deutschen Regierung

haben müsse. Es sei vorgeschlagen worden, daß ein Organisationskomitee eingesetzt werden solle, in dem sich drei alliierte Vertreter befinden, die einstimmig von der Reparationskommission zu ernennen seien, und drei Vertreter der deutschen Regierung, und daß jedes Komitee ein Verzeichnis von Waren anfertigen soll, die in Uebereinstimmung mit dem Dames-Bericht als Sachleistungen eingezahlt werden könnten, daß es vereinbaren soll, wie die Ueberweisung möglichst glatt vor sich gehe, und daß es alle Arten von Schwierigkeiten zwischen den deutschen Industriellen auf der einen und dem empfangenden Ländern auf der anderen Seite beseitigen soll.

Johnstone (Arbeiterpartei) fragte, ob irgendeine Bestimmung vorhanden sei, wonach England auf seinen Anteil an den Reparationen verzichten könnte, wenn es finde, daß der Empfang dieser Reparationsware die einheimische Industrie und die Lage des heimischen Arbeitsmarktes schädlich beeinflusse.

Sermgeour fragte, ob dies so aufzufassen sei, daß in der sehr wichtigen Frage, was im Falle einer Uneinigkeit bezüglich der Ursachen eines Verzugs geschehen würde, die Verhandlungen noch in der Schwebe seien? Macdonald erwiderte, in diesem Punkte sei die Regelung vollständig. Es werde nicht darüber verhandelt, sondern es sei ein Uebereinkommen getroffen worden. Eine solche Frage, wenn sie nicht einstimmig in erster Linie von der Reparationskommission geregelt würde, würde Gegenstand einer sachgerichtlichen Entscheidung sein. Was Johnstones Anfrage betreffe, so würde die gesamte Frage des Empfangs von Reparationen verfolgt werden. Der große Vorteil, der durch die Einsetzung dieser Komitees und durch die Durchführung des Dames-Berichts erzielt werde, sei, daß man zum ersten Male eine

Aussicht auf eine wissenschaftliche Untersuchung der Ergebnisse der Reparationen habe.

und man könne sich darauf verlassen, daß, wenn irgendwelche nachteiligen Wirkungen der Reparationen beobachtet würden, sofort Schritte erfolgen würden, um dem Einhalt zu gebieten. Er hoffe, das Haus werde nicht die Tatsachen übersehen, daß Vorkehrungen getroffen und vereinbart worden seien, daß alle Auswirkungen des Dames-Berichts einer sehr eingehenden Prüfung von Seiten aller interessierten Regierungen unterworfen werden würden, und daß jedesmal, wenn irgendeine Regierung irgendeine Frage aufgeworfen habe, sie an die Reparationskommission Bericht erstatte, und daß die Reparationskommission, ohne die Frage zu erwägen, um sie nicht zu präjudizieren, sofort an die vier der nach dem Dames-Bericht geschaffenen Kontrolldepartements, von denen jedes ein Sachverständiger sein werde, berichten werde.

Lloyd George fragte, ob irgendwelche Verschiebung der im Spaas-Abkommen vereinbarten Prozentätze stattgefunden habe.

Macdonald erwiderte, er lehne es durchaus ab, dies zu erörtern, das sei nicht die Aufgabe der Londoner Konferenz. Die Aufgabe der Londoner Konferenz sei, den Dames-Bericht zur Anwendung zu bringen.

Lloyd George bemerkte: „Es hat also keine Verschiebung stattgefunden?“

Macdonald erwiderte: „Nein, keine einzige. Sollte etwas Derartiges vorgeschlagen werden, so würde dies den Gegenstand einer besonderen Konferenz bilden.“

Die Verfassungsfeier im belgischen Gebiet genehmigt. Wie verlautet, ist von den französischen Besatzungsbehörden eine einfache Feier des Verfassungstages am 11. August genehmigt worden.

Ein neuer Reichstagsabgeordneter. Der anhaltische Staatsminister Dr. Rammelt-Dossau tritt für den zweiten Kandidaten auf der Liste der Deutschen Volkspartei für Magdeburg-Anhalt, Böttcher-Obermeister Thieskopf (Magdeburg), der sein Mandat niedergelegt hat, in den Reichstag ein.

Luxusschuhwaren, die der Berliner Industrie ihr Gepräge verleiht. Etwa die Hälfte der Betriebe sind Hauschuhfabriken, die 20 bis 30 u. s. f. ihrer Arbeitskräfte als Heimarbeiter beschäftigen. Dann sind vor allem die Berliner Ballschuhmacher, auch Heilm- und Sandwender genannt, wegen ihrer Kunstfertigkeit, die unübertroffen in Deutschland dasteht, berühmt.

Die Messe wurde gestern in Gegenwart des Oberbürgermeisters und zahlreicher Vertreter von Reichs- und Staatsministerien eröffnet. Sie soll in Zukunft als eine ständige Berliner Einrichtung festgehalten werden und zweimal jährlich unter der Leitung des Berliner Messeamtes stattfinden. Die Berliner Frühjahrsmesse der Schuh- und Lederwirtschaft ist auf die Tage vom 22. bis 23. Februar festgelegt worden.

Eine Haus- und Schiffbauausstellung.

Die Technische Hochschule in Charlottenburg beherbergt seit Sonntag eine „Deutsche Haus- und Schiffbauausstellung“. Im großen Lichthof, in den breiten Korridoren, in Eingängen und im Garten haben eine große Anzahl Firmen, die sich mit der Herstellung von allen möglichen Bedarfsartikeln für den Hausbau, vom Grundstein bis zum Dachstuhl befassen, ausgestellt. Daneben stellen Bootswerke ihre Erzeugnisse zur Schau und man kann ab der Mannigfaltigkeit der Motor- und Segelboote, Yachter, Kanus, Canadier und wie die Bootsorten und Schiffstypen alle heißen, ein gelindes Staunen kriegen. Man sieht Motorboote, die mit allen Schützen und allem Komfort der Neuzeit ausgerüstet sind, die ein Autosteuer haben, mit elektrischer Lichtanlage, mit Motoranlasser, Autosirene und Schwinwerler ausgestattet sind. Der minderbemittelte Wasserfreund wird mit Staunen und Reid zugleich diese Herrlichkeiten bewundern und sich den von einigen Werften gezeigten Paddeboaten zuwenden, die für zwei Personen einarrichtet sind, und die in ihrer verhältnismäßigen Billigkeit auch weiteren Arbeiterkreisen erschwinglich sein dürften. Beachtenswert ist ein zusammengebautes Boot, das aus einem riesigen dicken Segelstuchstück besteht, der mittels Luftpumpe ausgeblasen wird und dann ein nullförmiges, unentzerrbares Fahrzeug ergibt. Es ist bequem im Ruderschiff transportabel, nur wird man keine Regatten damit fahren können. — Dem Eigenhausbau sind die Erzeugnisse anderer Aussteller gewidmet. Es sind Formen für billiges Geld zu haben, mit deren Hilfe Stiebler und Grundstücksbesitzer sich ihre Häuser selbst herstellen können. Ein schmales Einfamilienhaus aus Holz sieht sehr anheimelnd aus, dürfte aber für Baukünstler aus Arbeiterkreisen zu kostspielig sein. Eine Filmgesellschaft läßt in einem Hofraus ständig Industriefilme gratis laufen, und wer etwa noch keinen Radio haben sollte, kann einen solchen auch auf dieser Ausstellung erwerben.

Auf der Suche nach dem Mörder.

Neue Spuren des Mörders der Frau Küster, des ehemaligen Polizeioberwachmeisters August Rebsdat, wurden gestern von der Kriminalpolizei verfolgt, aber wieder ohne Ergebnis. Der Potsdamer Kriminalpolizei wurde gemeldet, daß das Versteck des Juges, der von Magdeburg her um 8 Uhr morgens auf dem hiesigen Potsdamer Bahnhof eintrifft, Rebsdat unterwegs in einem Abteil gefangen habe. Sie verständigte die hiesige Kriminalpolizei und diese besetzte mit den hannoverschen Beamten, die zur Verhaftung im Berlin sind, weil sie Rebsdat genau kennen, den Bahnhof. Die Beobachtungen am Zug und an der Sperre blieben jedoch erfolglos. Rebsdat befand sich nicht unter den Aussteigenden, obwohl die Potsdamer Meldung auf dem hiesigen Bahnhof auch noch von einem Bräutigam bestätigt wurde. Man nimmt deshalb an, daß der Verfolgte etwas gemerkt hat, und daß es ihm gelungen ist, von dem eingelaufenen Zuge sofort in einen D-Zug hinauszufolgen, der neben dem Angekommenen auf dem Geleise zur Ausfahrt nach Magdeburg bereit stand. Mit diesem Zuge muß dann der Mörder wieder hinausgefahren sein. In Magdeburg über ist er, wie die dortige Kriminalpolizei, die sofort benachrichtigt wurde, festzustellen hat, nicht angekommen. Der Zug fährt ohne Aufenthalt von Berlin nach Magdeburg durch. Er fährt aber bei Potsdam langsamer, und es ist möglich, daß Rebsdat diese Gelegenheit benutzt hat, hinauszuspringen.

Schweres Automobilunglück in Wilmerdorf.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich heute nacht gegen 1 Uhr an der Ecke der Medlerburgischen und Breiten Straße in Schmörgendorf. Dort fuhr eine Autodrosche mit der Nr. 1 12610 infolge Schleuders gegen einen Baum. Die vier Insassen, ein General a. D. Ardeischewski, Ludwigskirch, 4 (innere Verletzungen und Bedenrüh), ein Professor Alexander Krensch (beide Beine schwer verletzt und Wadenrüh), Frauheim Olga Samjiskow (Knieverletzung), Rittmeister Wladimir Toffinow (Knie- und Körperverletzungen) wurden von der Wilmerdorfer Feuerwehr aus ihrer schrecklichen Lage befreit und mittels Krankenwagen in das Kaiser-Viktoria-Krankenhaus in Schöneberg übergeführt. Rittmeister Toffinow konnte nach Anlegung eines Knieverbandes seine Wohnung Brandenburgische Str. 70 aufsuchen. Der Chauffeur ist mit leichten Verletzungen davon gekommen. Der Wagen ist vollkommen zertrümmert und mußte abgeschleppt werden.

In einem Stadtbahnzuge bestaubt und beraubt wurde ein Schlächtermeister aus der Anesebestraße. Der Mann wurde um 4 Uhr auf dem Bahnhof Charlottenburg von einsteigenden Fahrgästen in einem Abteil allein bewußlos aufgefunden. Der nächsten Rettungswache gelang es nicht, ihn wieder zu sich zu bringen. Man brachte ihn deshalb nach dem Krankenhaus Westend, wo er sich nach einiger Zeit wieder erholte. Der Meister befragt, wie er jetzt angeht, auf dem Bahnhof Alexanderplatz das Abteil zugleich mit zwei ihm unbekanntem jungen Männern. Was seitdem mit ihm geschehen ist, weiß er nicht. Er konnte nur feststellen, daß ihm 200 Mark und seine Papiere geraubt worden sind.

Wegen der Explosion eines Kesselbehälters wurde die Feuerwehreinrichtung nach der Chemischen Fabrik Florian u. Co., Grabeckstr. 30, alarmiert. Es gelang, die Gefahr bald zu beseitigen. Mehrere Personen haben leichtere Verletzungen erlitten.

Bergwerkskatastrophe infolge Wellenbrüche. Wie die „Grazer Tagespost“ aus Laibach meldet, drangen infolge heftiger Regenfälle in den Andreaschacht des Kohlenbergwerks Kamej bei Johanneshof in Unterkrain große Wassermassen ein, die zwölf Bergleute mit sich rissen. Drei Tote und zwei Schwerverletzte konnten geborgen werden. Es ist anzunehmen, daß die Vermissten ums Leben gekommen sind, so daß die Zahl der Opfer sich auf zehn beläuft.

Von dem englischen Wellflieger Mac Caren ist die Nachricht eingegangen, daß seine Maschine bei der Landung in der Nähe der Romanowstr.-Wesel so ernstlich beschädigt wurde, daß er den Flug endgültig aufgeben muß.

Eine direkte Schiffverbindung Danzig—London eröffnet in diesen Tagen die United Baltic Corporation mit zwei Dampfern. Die Abfahrt nach London erfolgt an jedem Sonnabend nachmittags, die Rückfahrt jeden Freitag abends 6 Uhr. Sonnabend früh. Die Weiterfahrt der Dampfer nach Memel und Riga erfolgt von Danzig aus an jedem Mittwoch nachmittags.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das bekannte Schlußjahr Schenck, Minde, 2, mit seinen Filialen Rathenow, Damm 18 und Frankfurt a. M. 54, hat sich zur Aufgabe gemacht, der Geschäftswelt eine große Anzahl von billigen Preisen zu beschaffen. Die werthen besonders auf das Interat in der heutigen Ausgabe.

